

Regionales Übergangsmanagement: Handlungsbedarf und Handlungsstrategien

FRANK BRAUN, PETER MUNK

► **Seit 2008 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung regionale Initiativen zur Verbesserung des Übergangsmanagements von der Schule in Ausbildung. Der Beitrag liefert aktuelle empirische Belege für einen entsprechenden Handlungsbedarf und skizziert Lösungswege im Rahmen des BMBF-Programms.**

Regionales Übergangsmanagement im Programm „Perspektive Berufsabschluss“

Im Jahr 2008 hat das BMBF das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ gestartet. In der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ stellen sich 16 Städte und elf Landkreise der Aufgabe, den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bildung für die Jugendlichen in ihrer Region systematisch zu gestalten. Die Förderinitiative folgt damit einer Empfehlung des „Innovationskreises berufliche Bildung (IKBB)“, dessen Arbeitsgruppe „Regionales Übergangsmanagement“ vorschlug, durch eine verbesserte Abstimmung von Angeboten und Politiken Jugendlichen den Übergang von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit zu erleichtern: „Das Übergangsmanagement Schule – Ausbildung muss zu einem örtlich/regional gesteuerten, zwar flexiblen, aber verlässlichen Regelsystem entwickelt werden, in dem bisherige Einzelmaßnahmen zusammengefügt werden. (...) Damit sollte in ausgewählten Regionen begonnen werden“ (BMBF 2007, S. 14–15).

Komplizierte Wege von der Schule in Ausbildung

Das DJI-Übergangspanel für Hauptschulabsolventinnen/-absolventen, das mit Förderung durch das BMBF vom Deutschen Jugendinstitut seit 2004 durchgeführt wird, untersuchte die in Deutschland zum Teil sehr komplizierten Übergänge von der Schule in Ausbildung (vgl. Abb.).

Auf der Grundlage einer Längsschnittanalyse der Daten aller neun Befragungswellen bis einschließlich November 2008 wurden Muster von gelingenden, aber auch riskanten Übergängen identifiziert. Dabei kristallisierten sich vier Verlaufstypen heraus, für die unterschiedliche Zusammensetzungen von Bildungs- und Ausbildungsstationen im Untersuchungszeitraum (54 Monate seit Ende des Schulpflichtbesuchs) kennzeichnend sind.

Die ersten beiden Verlaufstypen sind unproblematisch. Die Jugendlichen sind entweder schnell in Ausbildung eingemündet (Verlaufstyp 1: 28,4%) oder haben kontinuierlich und langfristig das Ziel verfolgt, einen über den Mittleren Bildungsabschluss hinausgehenden allgemeinbildenden Schulabschluss zu erwerben (Verlaufstyp 2: 8,6%).

Im Verlaufstyp 3 (37,2%) finden wir einmal diejenigen, die durch den Erwerb eines Mittleren Bildungsabschlusses ihre Chancen auf den Zugang zu einem Ausbildungsplatz (ihrer Wahl) verbessert haben. Der Verlaufstyp umfasst allerdings auch Jugendliche, für die der weitere Schulbesuch oder die Teilnahme an einem berufsvorbereitenden Lernangebot nur eine Notlösung war. Zwischen dem Ende der Pflichtschulzeit und dem Beginn der Ausbildung lagen im Durchschnitt 18 Monate. Die Gesamtdauer der Zwischenschritte zwischen Schule und Ausbildung ist also sehr hoch. Zeitgewinne wären hier möglich und geboten.

Verlaufstyp 4 umfasst jene Jugendlichen, denen der Übergang nicht gelungen ist (25,9%). Sie haben im Durchschnitt 21 Monate in Schulen oder berufsvorbereitenden Lernangeboten verbracht. Nur selten befanden sie sich in einer (nach kurzer Zeit abgebrochenen) Ausbildung. Durchschnittlich elfeinhalb Monate haben sie als Ungelernte gearbeitet. Etwa genauso lange waren sie im Durchschnitt erwerbslos. Einem Viertel der Jugendlichen ist 54 Monate nach dem Ende der Pflichtschulzeit der Einstieg in Ausbildung noch immer nicht gelungen. Dabei fällt auf, dass diese Gruppe durchschnittlich fast die Hälfte des Untersuchungszeitraumes entweder in Schulen und/oder in berufsvorbereitenden Lernangeboten verbracht hat. Das Problem bestand also weder darin, dass diesen Jugendlichen keine Lernangebote gemacht wurden, noch darin, dass diese Jugendlichen (zumindest in ihrer Mehrheit) sich solchen Lernangeboten generell entzogen haben. Das Problem bestand vielmehr darin, dass diese Lernangebote – und die

Abfolgen, in denen sie absolviert wurden – nicht den gewünschten Effekt hatten: nämlich den Jugendlichen den Zugang zu einer regulären Berufsausbildung zu eröffnen.

Regionales Übergangsmanagement als Problemlösung

Um den Jugendlichen den Übergang in Ausbildung zu erleichtern, wurden in 27 kommunalen Vorhaben der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ die folgenden Arbeitsschritte eingeleitet:

- Schaffung einer soliden Datengrundlage und Etablierung eines professionellen Datenmanagements zum Übergangsgeschehen,
- Herstellung von Transparenz: Durchführung von Bestandsaufnahmen der Angebote und Maßnahmen im Übergangsbereich,
- Entwicklung und Implementierung von Qualitätsstandards,
- Strukturelle Verbesserungen der Kooperation der regionalen Akteure.

Die Umsetzungsstrategien versuchen der unterschiedlichen Komplexität der regionalen Übergangssysteme und Akteurskonstellationen Rechnung zu tragen. In an den 27 Standorten von der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführten Fallstudien werden Gemeinsamkeiten hinsichtlich struktureller Hürden für das Gelingen des regionalen Übergangsmanagements sichtbar. Als Erfolgsfaktoren des Übergangsmanagements stellten sich folgende Kriterien heraus:

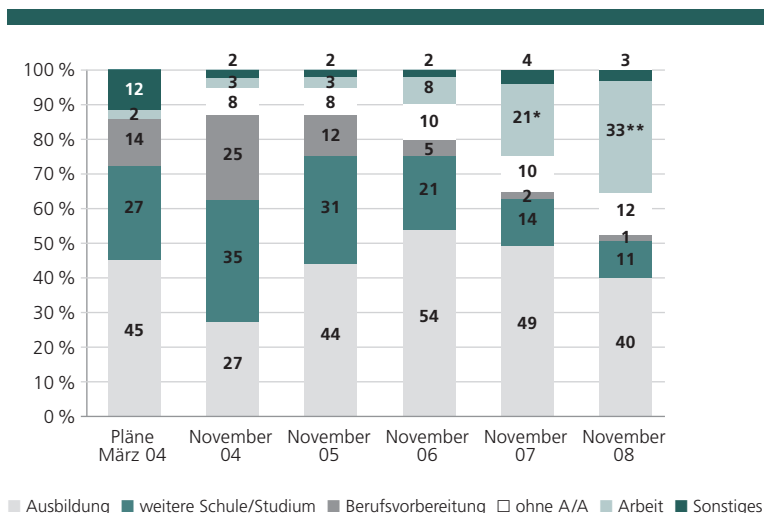
- Engagement der politischen Spitze (Landräte/Landrätinnen, Oberbürgermeister/-innen) und Gremien (Gemeinderäte, Kreistage) für das Anliegen, allen Jugendlichen den Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten

Zwei Beispiele gelungener Umsetzung

Die Stadt Mülheim an der Ruhr setzt stark auf einen präventiven Ansatz, da eine Bestandsaufnahme gezeigt hatte, dass die bisherigen Maßnahmeninstrumente häufig zu spät einsetzten. Eine qualitative Weiterentwicklung der Kooperationen und Abstimmungsprozesse haben das Ziel, ein durchgängiges Beratungs- und Begleitungssystem mit zusammenhängenden Förderwegen zu erreichen. Jugendliche und junge Erwachsene finden im Zentrum Mülheims das „U25-Haus“, das jugendgerecht gestaltet ist und auf 520 Quadratmetern eine Vielfalt von Angeboten zur Berufswegeplanung und -realisierung bietet.

Als zweites Beispiel seien die vom BMBF-Programm geförderten Aktivitäten in Stuttgart erwähnt. Wie in Mülheim unterstützt auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt die kommunale Spitze die Förderung der Jugendlichen. Ein Team „lokales Übergangsmanagement“ übernimmt die Gesamtkoordination. Das Zusammenwirken von Schule, Berufsberatung, Wirtschaft und Jugendhilfe wird mit Hilfe einer neuen Datengrundlage verbessert. Die Eltern werden in die Berufswegeplanung ihrer Kinder bewusst einbezogen. Nicht nur Hauptamtliche sind dabei tätig; durch bürgerschaftliches Engagement wird das Problembewusstsein in weite Teile der Gesellschaft getragen. So sind Ehrenamtliche als Übergangskoaches und Mentorinnen/Mentoren persönliche und kontinuierliche Ansprechpartner für die Jugendlichen.

Abbildung **Prozentuale Verteilung der Jugendlichen auf Bildungs- und Ausbildungsstationen im Zeitraum 2004 bis 2008 (n = 1.154¹)**



¹ Teilnehmende, an CATI-8 (Nov. 08)
 * Nov. 07: 21 Prozent in Arbeit (10 % mit Berufsabschluss, 11 % ohne Berufsabschluss)
 ** Nov. 08: 33 Prozent in Arbeit (21 % mit Berufsabschluss, 12 % ohne Berufsabschluss)

Ausbildungsberuf zu ermöglichen: Dieses Engagement erleichtert konsensuelle Problemlösungen, für die Akteure wie Arbeitsagenturen, Träger der Grundsicherung, Schulämter, Kammern usw. ihre Gestaltungsspielräume ausschöpfen müssen.

- Langer Atem eines wichtigen lokalen/regionalen Akteurs. Die Verbesserung der Kooperation und Abstimmung im Übergang Schule – Berufsausbildung gelingt nur im Zuge eines längerfristig angelegten Prozesses.
- Verknüpfung des regionalen Übergangsmanagements mit Initiativen auf Landesebene: Dies können Vorläuferprogramme, in denen an den Standorten wichtige Grundlagen gelegt wurden, oder auch laufende Landesprogramme sein, mit denen sich Vorhaben der Förderinitiative verzahnen.

Die beiden im Kasten exemplarisch dargestellten Projekte zeigen, dass ein gelungenes Übergangsmanagement nur auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure gelingen kann, einer Zusammenarbeit, die auf der Einsicht beruht, dass das Gelingen der beruflichen Integration der jungen Generation, insbesondere auch von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen, eine wichtige und notwendige Investition in die Zukunft des Gemeinwesens darstellt. ■

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: *Bildung in Deutschland. Bielefeld 2008*
 BMBF (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 2007. Berlin 2007*